

WIRTSCHAFTS- UND STEUERPROGNOSE 2002/2003

GERHARD LEHNER

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Konjunkturbild hat sich international und auch in Österreich in den letzten Monaten deutlich eingetrübt. Das Vertrauen hat durch die Bilanzaffären in den USA stark gelitten. Das spiegelt sich in den Finanzmärkten, die Aktienkurse sind (weltweit) stark gefallen. Das dämpft die wirtschaftliche Entwicklung erheblich. Dazu kommt, dass der Erdölpreis entgegen den früheren Annahmen im Jahre 2002 im Jahresdurchschnitt wieder leicht steigen dürfte. Dadurch wird der Spielraum für die Finanzierung von Investitionen kleiner. Außerdem ist er ein wichtiger psychologischer Faktor. Die Aufwertung des Euro (im Vergleich zum US-Dollar) erschwert die Exporte in den Nicht-Euroraum.

Diese Faktoren haben dazu geführt, dass in nahezu allen Staaten die Wirtschaftsprognosen zurückgenommen werden mussten, wobei sich der Abstand zwischen den USA und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wieder vergrößert. Für die USA wird für 2002 mit einem realen Wachstum von 2,3% gerechnet (das ist deutlich mehr als im Vorjahr, 0,3%). Das reale Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union wird heuer im Durchschnitt nur um etwa 1% zunehmen, wobei vor allem Deutschland bloß mit einem Wachstum von 0,5% rechnen kann. Das dämpft die Entwicklung in den EU-Staaten.

Für das nächste Jahr wird für die USA gegenwärtig ein reales Wirtschaftswachstum von 2,6% erwartet, für die EU-Staaten insgesamt von 2,3%. Damit schließt die EU wieder zu den USA auf. Allerdings bleibt die Entwicklung in Deutschland vermutlich weiter hinter dem Durchschnitt zurück.

Die Wachstumsrate dürfte im kommenden Jahr unter 2% liegen. Japan wird weiterhin nicht mit den beiden Wirtschaftsblöcken USA und Europa Schritt halten können und nach einem Rückgang des Wachstums im laufenden Jahr auch im nächsten Jahr deutlich schwächer wachsen und damit die globale wirtschaftliche Entwicklung nicht begünstigen.

Die österreichische Wirtschaft entwickelt sich etwa im Gleichklang mit den EU-Staaten im Durchschnitt. Für das laufende Jahr wird nunmehr mit einer realen Wachstumsrate von 0,9% gerechnet (das ist weniger als im Juni, wo 1,2% vorhergesagt wurden). Für 2002 liegt die Prognose nunmehr bei 2,2% (Juni 2,8%). Das entspricht etwa dem EU-Durchschnitt, wobei die Entwicklung in Österreich etwas günstiger ist als in Deutschland.

Von der Abschwächung sind nahezu alle Wirtschaftszweige betroffen, besonders aber die Bauwirtschaft, die vermutlich heuer (wie schon im Vorjahr) schrumpft. Die Bauinvestitionen werden im laufenden Jahr real um etwa 1% geringer sein als im Vorjahr, aber auch die Ausrüstungsinvestitionen liegen im laufenden Jahr deutlich unter jenen des Vorjahres. Sie dürften real um etwa 5% schrumpfen. Die Schwäche in den Investitionen kann durch den privaten Konsum nicht kompensiert werden. Er nimmt real heuer nur um etwa 1% zu. Besser entwickeln sich die Warenexporte, sie steigen im laufenden Jahr um 3% real und stützen damit die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Vor allem in die Beitrittsländer wird mehr exportiert.

Im nächsten Jahr dürfte sich die Investitionsentwicklung wieder bessern. Das gilt vor allem für die Ausrüstungen, die nach der jüngsten Prognose um etwa 4½% wachsen, wobei die neu geschaffene Investitionsprämie in Höhe von 10% Impulse setzt. Die Entwicklung der Bauwirtschaft bleibt hingegen weiter schwach. Die Bauinvestitionen steigen nach der jüngsten Prognose im kommenden Jahr nur um etwa 1,5%, vor allem der Wohnbau dämpft noch immer die Bautätigkeit.

Der private Konsum erholt sich nur zögernd. Mit einer Zunahme um 1,8% im nächsten Jahr bleibt er hinter der Gesamtnachfrage zurück. Eine wichtige Stütze der Wirtschaft wird auch im kommenden Jahr der Warenexport sein.

Nach der September-Prognose des WIFO wird eine reale Zunahme um 6% erwartet.

Für die öffentlichen Haushalte, insbesondere für die Einnahmenentwicklung, ist jedoch das nominelle Wachstum maßgeblich. Die Preise werden heuer etwas schwächer steigen als im Vorjahr, weil die preisstärkenden Effekte diskretionärer Maßnahmen schwächer werden und auch die schwache internationale Konjunktur die Preisauftriebstendenzen bei Rohstoffen dämpft. Die Verbraucherpreise, die im Vorjahr noch um 2,7% im Jahresdurchschnitt stiegen, werden heuer um etwa 1,8% zunehmen. Für das nächste Jahr ist mit einem Zuwachs von 1,4% zu rechnen (wobei die Erhöhung der Tabakwarenpreise bereits berücksichtigt ist). Das nominelle Bruttoinlandsprodukt wird heuer um 2,1% und im nächsten Jahr um 3,6% steigen (im Juli war noch mit einem Anstieg von 2,3% für das laufende Jahr und 4% für 2003 angenommen worden).

Wirtschaftliche Entwicklung in Österreich

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2001	2002	2003
BIP real	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,2
BIP nominell	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,6
Privater Konsum nominell	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,2
Ausrüstungsinvestitionen nominell	- 5,2	- 4,5	+ 5,5
Bauinvestitionen nominell	- 0,2	± 0,0	+ 3,0
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4
Lohn- und Gehaltssumme	+ 3,6	+ 2,0	+ 3,1

Q: WIFO-Prognose September 2002

Für die Steuerprognosen ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt besonders wichtig, weil ein großer Teil der Einnahmen aus Steuern und Abgaben von der Lohnsumme bestimmt wird (Lohnsteuer, Kommunalsteuer, Sozialversicherungsbeiträge, Wohnbauförderungsbeitrag). Der Arbeitsmarkt wird von der Konjunkturabschwächung besonders betroffen. Die Zahl der Beschäftigten schrumpft heuer erstmals seit mehreren Jahren (-0,4%), die

Arbeitslosigkeit steigt dadurch wieder spürbar. Es wird mit einer Zunahme der Arbeitslosenrate auf 6,9% (in österreichischer Definition) gerechnet (2001 6,1%). Im nächsten Jahr wird zwar die Beschäftigung wieder zunehmen (+0,4%), damit dürfte die Zahl der Beschäftigten (im Jahresdurchschnitt) wieder das Niveau von 2001 erreichen. Die Arbeitslosigkeit wird allerdings weiter hoch bleiben. Die Arbeitslosenrate verharrt auch im nächsten Jahr auf dem Niveau von 6,9%.

Die Entwicklung der Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter wird durch die Tendenzen am Arbeitsmarkt stark gedämpft. Für heuer ist mit einer Zunahme der Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter um 2,2% zu rechnen (im Juni waren noch 2,5% angenommen worden). Für das nächste Jahr wird trotz eines besseren Wachstums mit dem gleichen Anstieg der Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter gerechnet wie im laufenden Jahr, weil die Schwäche am Arbeitsmarkt den Lohnanstieg dämpft.

Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen werden sowohl heuer als auch im nächsten Jahr durch verschiedene diskretionäre Maßnahmen stark geprägt. Zum einen wirken die Maßnahmen, die 2001 in Kraft getreten sind, noch nach und zum anderen wurden konjunkturbelebende Maßnahmen beschlossen, die vor allem im nächsten Jahr die Steuereinnahmen beeinflussen. Schließlich hat auch die Hochwasserkatastrophe Auswirkungen auf das Steueraufkommen in den Jahren 2002/2003. Die einzelnen Steuern sind sehr unterschiedlich von diesen Einflüssen betroffen, daher ist es empfehlenswert, die einzelnen (großen) aufkommensstarken Steuern getrennt zu beschreiben.

Die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer haben im Vorjahr durch Sonderfaktoren (Vermeidung der Anspruchsverzinsung) überdurchschnittlich hohe Erträge gebracht. Die Steuerpflichtigen haben im September/Oktober 2001 sehr hohe Abschlusszahlungen für 2000 geleistet, um der neu eingeführten Anspruchsverzinsung zu entgehen. Daher ist das Aufkommen für heuer stark gedämpft. Dazu kommt, dass die (zusätzliche) Anhebung der

Vorauszahlungen, die 2001 ein hohes Aufkommen brachte, vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde. Das könnte die Einnahmen im laufenden Jahr (leicht) dämpfen. Schließlich wird die Hochwasserkatastrophe schon heuer zur Herabsetzung von Vorauszahlungen für 2002 führen. Insgesamt dürften daher heuer die Einnahmen aus diesen beiden (gewinnabhängigen) Steuern um etwa 25% unter dem Niveau des Vorjahres liegen.

Im nächsten Jahr bleiben die dämpfenden Effekte bestehen. Die schwache Gewinnentwicklung im laufenden Jahr wird das Aufkommen im nächsten Jahr negativ berühren. Die Hochwasserkatastrophe wird zusätzlich das Aufkommen dämpfen, weil sich die negativen Einflüsse auf die Gewinne erst im nächsten Jahr in den Einnahmen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer spiegeln, sie werden daher im nächsten Jahr auf dem Niveau von 2002 stagnieren.

Die Lohnsteuer ist einerseits von der Entwicklung der Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter sowie den Pensionen und andererseits von der Beschäftigung und dem Stand an Pensionisten geprägt. Die Pensionisten bringen bereits nahezu 25% des gesamten Lohnsteueraufkommens. Daher dürfen sich die Lohnsteuerprognosen nicht nur auf die Tendenzen im Arbeitsmarkt beschränken, sondern müssen auch die Entwicklung der Pensionen berücksichtigen. Die Lohnsteuereinnahmen haben im Vorjahr die Erwartungen nicht erfüllt. Daher hat sich die Ausgangsbasis für 2002 verschlechtert. Dazu kam, dass die Prognose sowohl der Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter als auch der Beschäftigung zurückgenommen werden musste. Dadurch werden die Lohnsteuereinnahmen heuer den Voranschlag verfehlen.

Für das laufende Jahr ist mit einer Zunahme der Lohnsteuer um knapp 3½% zu rechnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im laufenden Jahr möglicherweise noch außergewöhnliche Belastungen aus der Hochwasserkatastrophe geltend gemacht werden, die das Aufkommen reduzieren. Der Großteil dürfte aber erst im nächsten Jahr aufkommenswirksam werden. Daher wird für

2003 unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Prognose nur mit einer Zunahme der Lohnsteuer um etwa 4,3% zu rechnen sein.

Die beiden Kapitalertragsteuern sind von den diskretionären Maßnahmen weniger betroffen. Die Kapitalertragsteuer I (auf Gewinnausschüttungen) dürfte heuer merklich höhere Einnahmen bringen als im Vorjahr, wobei allerdings 2001 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war. Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen profitiert von einer Umschichtung der Anleger zu Spareinlagen und einem leichten Anstieg des durchschnittlichen Zinsniveaus. Das Aufkommen aus den beiden Kapitalertragsteuern dürfte heuer insgesamt um fast 6½% zunehmen. Das Volumen dieser Steuern ist allerdings zu gering, um die Ausfälle bei den anderen einkommensabhängigen Steuern zu kompensieren. Im nächsten Jahr ist nur mit einem geringen Anstieg der Einnahmen aus den beiden Kapitalertragsteuern (+2,8%) zu rechnen.

Die Umsatzsteuer als aufkommenstärkste Steuer im österreichischen Steuersystem entwickelt sich unbefriedigend. Ihre Einnahmen nehmen heuer nur um etwas mehr als 2% zu. Das ist deutlich weniger als der Anstieg des nominellen privaten Konsums. Das hängt einerseits mit Strukturverschiebungen innerhalb des privaten Konsums zusammen, welche den durchschnittlichen Steuersatz dämpfen, andererseits bringen auch die Ausgliederungen und neue Finanzierungsformen öffentlicher Investitionen (etwa Leasing) ein geringeres Umsatzsteueraufkommen, weil durch diese Veränderungen die Investitionen im Gegensatz zu früher vorsteuerabzugsfähig werden und damit kein Mehrwertsteueraufkommen erbringen. Diese dämpfenden Effekte der Verlagerungen werden allerdings schwächer (wenn keine weiteren Ausgliederungen erfolgen). Für 2003 wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass die Umsatzsteuereinnahmen um etwa 3% zunehmen.

Die übrigen gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind größtenteils mengenabhängig. Sie sind von diskretionären Maßnahmen weniger betroffen. Die zusätzlichen Effekte aus der Anhebung der Sätze in der motorbezogenen Versicherungssteuer und der Kfz-Steuer fallen weg. Die Mineralölsteuer bringt heuer ein deutlich über dem realen Zuwachs liegendes

Steueraufkommen, weil der Tanktourismus die Nachfrage belebt und damit zusätzliche Einnahmen verursacht. Im nächsten Jahr ist damit zu rechnen, dass sich daraus jedoch keine zusätzlichen positiven Effekte mehr ergeben werden. Schwach entwickelt sich die Grunderwerbsteuer. Sie wird heuer ein geringeres Aufkommen erbringen als im Vorjahr. Für das nächste Jahr ist wieder mit einem geringen Zuwachs zu rechnen, das Aufkommen im Jahre 2003 wird jedoch vermutlich noch immer unter dem Niveau von 2001 liegen.

Insgesamt werden die gemeinschaftlichen Bundesabgaben heuer aufgrund des hohen Sockels im Vorjahr und wegen der schwachen Konjunktur sowie des Einflusses der Hochwasserkatastrophe um etwa 2,5% geringer sein als 2001. Das bedeutet eine sinkende Abgabenquote. Für das nächste Jahr ist unter den hier skizzierten Annahmen und Entwicklungen mit einem Anstieg der gemeinschaftlichen Bundesabgaben brutto um knapp 3% zu rechnen.

Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben

Die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf die einzelnen Gebietskörperschaften erfolgt nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 2001. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mehreinnahmen aus den diskretionären Maßnahmen, die 2001 in Kraft traten und mit einem zusätzlichen Aufkommen von 2,18 Mrd. € realistisch geschätzt waren, mit Ausnahme von 0,073 Mrd. € zur Gänze dem Bund verbleiben. Die Gemeinden erhalten keine zusätzlichen Einnahmen aus diesen Maßnahmen. Aufgrund der hohen Zwischenabrechnung werden sich die Ertragsanteile der Gemeinden im laufenden Jahr besser entwickeln als das gesamte Aufkommen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Es ist mit einem Rückgang der Ertragsanteile der Gemeinden um 0,2% zu rechnen.

Im nächsten Jahr ist hingegen der Zuwachs der Ertragsanteile der Gemeinden schwächer als aufgrund des Bruttoaufkommens zu erwarten wäre. Das hängt mit zeitlichen Verschiebungen zusammen. Zum einen werden die Zwischenabrechnungen im nächsten Jahr geringer ausfallen als heuer und damit die Einnahmen dämpfen, und zum anderen werden Maßnahmen

(insbesondere aus dem Konjunkturpaket) sowie aus der Hochwasserkatastrophe erst im nächsten Jahr voll wirksam. Daher dürften die Gemeindeeinnahmen aus den Ertragsanteilen im nächsten Jahr bloß um rund 1% zunehmen.

Für die Kommunalsteuer ist die Entwicklung der Lohnsumme maßgeblich. Für das laufende Jahr ist mit einem Anstieg dieser Einnahmen um rund 2% zu rechnen und für 2003 ist eine Zunahme von etwa 3% zu erwarten.